

Den Frieden bauen

Autor(en): **Reinhardt, Klaus**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Schweizer Soldat : die führende Militärzeitschrift der Schweiz**

Band (Jahr): **82 (2007)**

Heft 12

PDF erstellt am: **25.09.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-718076>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Den Frieden bauen

«Wer ist wohl so unverständlich,» so fragt der lydische König Krösus in den «Historien» des griechischen Geschichtsschreibers Herodot, «dass er den Krieg wählte statt des Friedens? Im Frieden werden die Väter von ihren Kindern begraben, im Krieg aber die Kinder von ihren Vätern.»

GENERAL KLAUS REINHARDT, STARNBERG

Nach unserem Verständnis ist der Frieden das höchste Gut. «Friede sei mit Euch!» heisst es bei Lukas 24. Der Naturphilosoph Thomas Hobbes sagt: «Das erste und Grundgesetz der Natur geht dahin, dass man den Frieden suche, soweit er zu haben ist», und Immanuel Kant schreibt in seinem Werk «Zum ewigen Frieden», dass der ganze Endzweck der Rechtslehre innerhalb der Grenzen der blossen Vernunft auf eine allgemeine und fortdauernde Friedensstiftung ziele.

Offensichtlich wollen alle Menschen den Frieden. Leider gibt es aber auch solche, die zum Krieg bereit sind, um ihre Ziele mit Gewalt zu erzwingen. Braucht man dann nicht ebenfalls Gewalt, um den Friedlosen Einhalt zu gebieten, wie es die NATO zweimal gegen den jugoslawischen Ministerpräsidenten Milosevic beschlossen hat, als der seine eigenen Landsleute mit Krieg überzog, hunderttausende umgebracht, vertrieben und in tiefes Unglück gestürzt hat? Diesem Mordbrennen konnte im

Sinne der betroffenen Bevölkerung nur mit Gewalt von aussen Einhalt geboten werden.

Einsatz von Gewalt also, um Frieden zu stiften? Wir sprechen von Friedens-Operationen, Peacekeeping Operations, auf die unsere europäische Politik heute mit Stolz hinweist und die damit bewusst einen anderen Ansatz verfolgt als die Politik der letzten Jahrhunderte, als es darum ging, Militär primär zur gewaltsamen Durchsetzung eigener Interessen einzusetzen. Ich weiss allerdings auch, auf welchen schmalen Grat der Argumentation ich mich hier begeben muss, weil wir alle die schlimme Erfahrung gemacht haben, wie schnell militärische Macht auch missbraucht und – wenn nicht richtig angewandt – pervertiert werden kann.

Europäische Sicherheitsstrategie

Seit dem Dezember 2003 gibt es in der Europäischen Union (EU) ein von allen

Staaten der EU gebilligtes Dokument mit dem Namen «Europäische Sicherheitsstrategie», dessen Ziel es ist, den Einsatz militärischer Mittel der EU in klar umrissene Rahmenbedingungen einzuhegen. Die Europäische Sicherheitsstrategie stellt fest, dass kein Land Europas mehr in der Lage ist, die komplexen Probleme der heutigen Sicherheit im Alleingang zu lösen.

Sie fasst die drei wesentlichen neuen Bedrohungskulissen zusammen unter den Begriffen Terrorismus, Massenvernichtungswaffen und Staatszerfall in Verbindung mit organisierter Kriminalität. Das Dokument unterstreicht, dass keine dieser neuen Bedrohungen mit militärischen Mitteln allein gelöst werden kann.

Diese Aussage ist zentral für die Europäische Strategiekonzeption und entspricht dem europäischen Sicherheitsverständnis. Die Abwehr des internationalen Terrorismus ist eben nur zum geringen Teil eine militärische Angelegenheit; sie erfordert in noch stärkerem Mass Aufklärung, Kooperation polizeilicher Dienste, Beseitigung der Finanzquellen und geistig-politische Auseinandersetzung mit den Ursachen des Terrorismus in der islamischen Welt.

Parallel dazu gilt es, die Staatlichkeit schwacher bzw. bereits gescheiterter Staaten wieder herzustellen, damit sie nicht zu Rückzugsräumen für Terroristen werden, sowie autoritäre Staaten zu verändern, die für terroristischen Nachwuchs sorgen.

Weiche und harte Macht

Beim Versuch, staatliche Macht in gescheiterten oder auseinanderfallenden Staaten wieder herzustellen, ist es erfahrungsgemäss weniger das Militär, das den Erfolg oder Misserfolg eines solchen Einsatzes bestimmt; es sind vielmehr die Bemühungen der zivilen und politischen Organisationen der internationalen Staatengemeinschaft, die die wirtschaftlichen Verhältnisse für die betroffene Bevölkerung



Einsatz deutscher Soldaten in Afghanistan in unbekanntem Gelände.

wieder normalisieren und verbessern. Sie sind es, die damit die Akzeptanz des Einsatzes überhaupt erst sicherstellen.

Dies bedeutet in seiner Konsequenz die Bereitstellung erforderlicher militärischer, vor allem aber auch ziviler Mittel, falls nötig auch in präventiver Funktion, um Konflikten und Bedrohungen möglichst früh vorzubeugen. Dieses Ziel zur Schaffung einer europäischen strategischen Kultur, die zur schnellen, rechtzeitigen und - wenn notwendig - auch harten Intervention bereit ist, dürfte zu mehr politischem Gewicht der EU führen und eine verlässliche Stütze der UN schaffen. Die Europäische Union ist die einzige internationale Organisation, die «weiche» und «harte» Macht verbinden kann, um Konflikte zu verhindern und Krisen zu bewältigen.

Javier Solana, der Hohe Repräsentant der EU, hat in diesem Kontext gerade auf die militärische Glaubwürdigkeit der EU hingewiesen. Europa müsse auf Grund seiner wirtschaftlichen Bedeutung und seiner Bevölkerungsgrösse dafür Sorge tragen, dass es seiner Verantwortung für die globale Sicherheit auch gerecht wird. Hier hinken die Staaten Europas ihren strategischen Ansprüchen allerdings noch weit hinterher

Bisherige Friedenseinsätze

Nun ist Peacekeeping für die Streitkräfte der europäischen Nationen nichts Neues. Ein kritischer Blick auf die bereits beendeten und noch laufenden Friedenseinsätze zeigt, was auf diesem Gebiet schon geleistet wurde.

Auf den ersten Blick könnte man mit der Entwicklung dieser Friedenseinsätze durchaus zufrieden sein, die Öffentlichkeit ist es jedenfalls, dito die Politiker, die in die Einsatzländer fahren und den Soldaten auf die Schulter klopfen und ihnen sagen, wie gut sie das alles machen. Und die machen es auch sehr gut.

Es gibt aber nur wenige Stimmen, die die politische Sinnfälligkeit dieser Einsätze hinterfragen. Dies sollte man aber tun, denn mit Ausnahme der Einsätze im Kongo, in Ost-Timor und Mazedonien kann keiner der Auslandseinsätze, an denen die europäischen Soldaten in den letzten Jahren beteiligt waren, als Erfolg bezeichnet werden:

Somalia war ein Flop, Bosnien Herzegowina, wo europäische Soldaten seit nunmehr 14 Jahren im Einsatz sind, ist weit von einer politischen oder gar wirtschaftlichen Konsolidierung entfernt. Im Kosovo brodel es, eine politische Lösung ist trotz siebenjährigem Einsatz der NATO und der UNO nicht zu erkennen.



Treffen von afghanischen Mullahs in Kost.

Afghanistan verfällt nach mehr als fünfjährigem Einsatz immer mehr in die Auseinandersetzungen der Warlords und der Taliban, die um Machtanteile und Anbaugelände von Mohn kämpfen sowie um gesicherte Transportrouten, um die enormen Mengen an Heroin auf den Weltmarkt zu bringen. Im Süden des Landes herrscht Krieg, der mit militärischen Mitteln nicht mehr gewonnen werden kann. Und die Frage bleibt, was der Einsatz vor der Küste des Libanon letztendlich bewirken soll.

Ich befürchte, dass die Friedenseinsätze zu sehr zu militärischen Auslandseinsätzen degeneriert sind und unsere Soldaten im Ausland als Alibi für politischen Aktionismus erhalten müssen, um sich vor den harten politischen Entscheidungen zu drücken.

Seit dem ersten grösseren Einsatz der Bundeswehr in Somalia frage ich mich:

- Was können und sollen Soldaten in ihren Auslands-Einsätzen eigentlich bewirken?
- Wird unter Friedenseinsätzen nicht zu sehr der Einsatz von Soldaten verstanden, während es im Grundsatz doch um den Aufbau oder Wiederaufbau politischer Administrationen, vor allem aber um den Wiederaufbau der ökonomischen Verhältnisse im Sinn der Verbesserung der Lebensbedingungen der jeweiligen Bevölkerung gehen sollte?
- Wo ist die politische Gesamtstrategie, welche die Kräfte und Mittel für die jeweiligen Einsätze festlegt, die die politischen wie humanitären Absichten und Interessen der unterschiedlichen nationalen Regierungsorganisationen

und der NGOs in einem gemeinsamen Konzept bündelt und mit den anderen beteiligten Nationen abstimmt?

- Wo ist der politische Wille der internationalen Gemeinschaft, aber auch unseres Landes, diese Einsätze wirklich zum Erfolg zu führen?

Friedenssoldaten?

Unsere Streitkräfte brauchen für die heutigen Auslandseinsätze nicht - wie immer wieder gefordert - einen völlig neuen, einen anderen Typus von Soldaten, schon gar nicht den «Samariter in Uniform», wie dies die Politik so gern herausstellt. Gebraucht wird der fachlich hervorragend ausgebildete Soldat, der sein militärisches Handwerk perfekt beherrscht, der aber auf den jeweiligen Auslandseinsatz ganz gezielt zusätzlich ausgebildet und geistig wie moralisch vorbereitet werden muss.

So gut und zuverlässig Soldaten im Friedenseinsatz auch sein mögen: Sie können allenfalls die äussere und innere Sicherheit als grundlegende Voraussetzung des politischen und wirtschaftlichen Wiederaufbaus sicherstellen. Soldaten sind keine Entwicklungshelfer, das können die Angehörigen der staatlichen und nicht staatlichen Hilfsorganisationen besser, da sie dafür professionell ausgebildet sind.

Die Bundesregierung schickt ja nur deswegen Soldaten in den Auslandseinsatz, da dies die Sicherheitslage in dem jeweiligen Land so erfordert und nur sie, die Soldaten, die innere und äussere Sicherheit als unabdingbare Voraussetzung für den Wiederaufbau eines Landes gewährleisten können.



Amerikanische Soldatin, irakische Kinder in Mossul.

Entscheidend für die Stabilisierung eines Landes sind eben nicht die gut ausgebildeten militärischen Kräfte, sondern von frühestem Beginn an Kräfte der Polizei und Justiz, um Gesetz und Ordnung zu garantieren. Man braucht vor Ort sofort Fachleute mit Erfahrung in politischen Administrationen, Wirtschafts- und Finanzleute ebenso wie Spezialisten, die Schulen und Universitäten wieder zum Laufen bringen, Banker und sonstige Kräfte für den dringend erforderlichen Wiederaufbau von Energie und Industrie sowie der Landwirtschaft. Es ist letztendlich diese zivile Komponente, die den Erfolg eines Friedens-Einsatzes erst ermöglicht.

Human Security Doctrine

Wenn ich eine Bilanz der bisherigen Zusammenarbeit der militärischen Peacekeeping-Kräfte mit denen der Entwicklungshilfe, mit den Ordnungs- und Rechtsorganen und anderen so dringend erforderlichen politischen und zivilen Organisationen ziehe, komme ich zu keinem befriedigenden Ergebnis. Die Kooperation ist in vielen Bereichen unzureichend und viel zu wenig – wenn überhaupt – aufeinander abgestimmt.

Eine politische Gesamtstrategie, die für alle im Einsatz befindlichen Kräfte verbind-

lich ist, fehlt in den meisten Fällen oder hat allenfalls auf dem Papier Gültigkeit. Alle Welt spricht heute von der «Comprehensive Strategy», von einer Strategie also, die alle Hilfskräfte im Einsatzland, die zivilen wie die militärischen, auf eine einheitliche politische Strategie ausrichtet; die Wirklichkeit sieht leider völlig anders aus und ist von diesem Ziel immer noch weit entfernt.

Ich habe nicht zuletzt aus diesem Grund an dem Projekt der «Human Security Doctrine» mitgearbeitet, das eine international zusammengesetzte Arbeitsgruppe im Auftrag von Javier Solana als alternatives Modell zum bisherigen Peacekeeping entworfen hat und das den Schwerpunkt sehr bewusst auf eine deutlich verbesserte Synergie der gemeinsamen Anstrengungen aller im Peacekeeping eingesetzten Kräfte, also der zivilen wie militärischen Kräfte, legt.

Die Arbeitsgruppe stellt sich dabei eine integrierte zivil-militärische Organisation vor, in der von der ersten Planung des Einsatzes über die Verlegung ins Einsatzland bis zum Einsatz selbst die militärische Komponente mit Kräften der Polizei, der Entwicklungshilfe, von Fachleuten für Schulen und Universitäten, Administratoren aller Art, Steuer- und Wirtschaftsfachleuten zusammengekoppelt und miteinander eingesetzt werden.

Diese Kräfte, von der Arbeitsgruppe «Human Security Response Force» genannt, sollten dabei nach folgenden Prinzipien eingesetzt werden:

- Das erste und wichtigste Prinzip muss sein, dass es für jeden Einsatz ein klares politisches Mandat gibt, das die rechtlichen Rahmenbedingungen und politischen Grenzen für den Einsatz bis hin zu einem klar definierten End-State festlegt. Es muss eine klare Verbindung bestehen zwischen dem politischen Auftraggeber in den Hauptstädten und denen, die diesen Auftrag vor Ort umsetzen müssen.
- Die Human Security Response Force sollte immer durch einen Zivilisten, möglichst einen Politiker, geführt werden, der Zugang zu den politischen Entscheidungsträgern der Entsendeländer, aber auch im Einsatzland, hat. Er gibt die Vorgaben, nach denen die Human Security Response Force ihren Einsatz organisiert und koordiniert.
- Das zweite Prinzip ist der Primat des Rechts und des humanitären Völkerrechts. Das Rechtsprinzip muss zentrale Grundlage jeden Einsatzes und für alle Angehörigen der Human Security Response Force verbindlich sein.

Die unmittelbare Unterstützung der Rechtsorgane vor Ort sollte eine zentrale Aufgabe für die militärischen Anteile der integrierten Einsatzkräfte werden.

- Das dritte Prinzip ist, die Einsätze nicht räumlich begrenzt, sondern immer nur in ihrem regionalen Zusammenhang zu sehen. Die neuen Kriege kennen keine Grenzen. Die Konflikte wandern mit den Flüchtlingen und Vertriebenen, sie sind Teil internationaler krimineller Organisationen und Kartelle, aber auch von Ethnien und Religionen, die weit über die jeweiligen Grenzen hinaus reichen. Afghanistan zeigt, dass die Taliban ihre Kräfte aus den Stammesgebieten Pakistans rekrutieren.
- Multinationalität und ein multilateraler Ansatz sind das vierte und zwingend erforderliche Prinzip. Damit ist nicht nur die multinationale Zusammenstellung der Human Security Response Force aus verschiedenen Ländern gemeint, sondern vor allem auch die enge politische Zusammenarbeit mit den grossen internationalen Organisationen, hier vor allem mit den Vereinten Nationen, aber auch mit der OSZE, der AU in Afrika, der NATO, ASEAN und anderen.
- Das letzte Prinzip ist die Berücksichtigung eines Bottom-up-Ansatzes. Was ist damit gemeint? Bei der Entscheidung, ob in einem Land interveniert wird oder nicht, sollte nicht wie bisher die jeweilige staatliche Macht und deren Erwartungen, sondern sollten die realen Bedürfnisse der Bevölkerung vor Ort, die der Gewalt und der Unsicherheit ausgesetzt ist, im Zentrum der Überlegung stehen. Der primäre Zweck eines solchen humanitären Einsatzes sollte sein, die politischen, vor allem aber auch die ökonomischen Rahmenbedingungen für die Bevölkerung so zu verbessern und normale Lebensbedingungen wieder herzustellen, dass sie im Frieden zusammenleben können.

Die Operationen der Human Security Response Force sollten vom zivil-militärischen Planungsstab des EU-Hauptquartiers in Brüssel geplant werden, der in der Zwischenzeit mit ersten Elementen bereits besteht und der neben seiner Analyse- und Planungskapazität Zugang zu allen Aufklärungs- und Informationseinrichtungen der EU bis hin zu den Beobachtern, Monitoren und Sonderbeauftragten, aber auch

zu den Mitteln der Führungs- und der strategischen Transportkomponenten haben sollte.

Daneben müsste beim künftigen «Aussenminister» der EU ein zivil-militärisches Krisenzentrum angesiedelt werden, das die jeweiligen Krisenbereiche Tag und Nacht beobachten und die sich daraus ergebenden Anforderung für die Zusammensetzung der Human Security Response Force erstellen würde.

Fünf Hauptquartiere

Die praktische Einsatzführung sollte aus einem der fünf operativen Hauptquartiere der EU erfolgen, so wie dies beim Einsatz der EU-Truppen im Kongo aus dem operativen Hauptquartier der EU in Potsdam geschah.

Die Human Security Response Force selbst sollte aus Militärs sowie zivilen Kräften und Spezialisten bestehen.

Teile dieser multinationalen Kräfte sollten – analog den EU-«Battle-groups» – zusammen mit einem entsprechenden Führungselement, d.h. in der Regel ein verlegbarer Stab – in wenigen Tagen einsatzbereit sein. Diese Kräfte würden zu normalen Zeiten in ihren Heimatgarnisonen bzw. in ihren zivilen Tätigkeiten eingesetzt bleiben, aber regelmässig miteinander für derartige Einsätze üben, um sich gegenseitig, aber auch die Einsatzverfahren kennen zu lernen.

Dreierlei Personal

Das Personal sollte aus drei Bereichen gestellt werden:

- Das Militär sollte aus Kräften der Europäischen Rapid Reaction Forces plus der französischen Gendarmerie, den italienischen Carabinieri und der spanischen Guardia Civil gestellt werden, letztere alles Kräfte, die primär Polizeicharakter haben.
- Die zivilen Anteile würden aus den Kräften bereitgestellt, die die EU-Staa-

ten im Rahmen der Civilian Headline Goals für derartige humanitäre Einsätze bereits verbindlich zugesagt haben.

- Letztlich sollte aber auch auf freiwillige Helfer und Spezialisten nicht verzichtet werden.

Der schwierigste Part ist wohl, die kulturelle Kluft zwischen den zivilen Entwicklungs- und Unterstützungskräften und dem Militär zu überbrücken. Ich weiss dies aus eigener Erfahrung, wie schwierig das ist. Und dennoch: nur gemeinsam werden wir Erfolg haben, nicht gegeneinander. Umso wichtiger erscheint es, in den diversen europäischen zivilen und militärischen Einrichtungen das Schlüssel- und Führungspersonal der zivilen wie militärischen Angehörigen der Human Security Response Force gemeinsam auszubilden.

Zusammenfassung

Um alle Ängste zu nehmen: Der neue Ansatz beabsichtigt nicht, für Europa etwas völlig Neues zu schaffen, sondern Ziel ist es, die bereits bestehenden zivilen und militärischen Elemente der EU sowie die existierenden Führungseinrichtungen enger zusammenschalten, um damit von Beginn eines Einsatzes von einer gemeinsamen politischen Strategie auszugehen und damit künftiger erfolgreicher zu sein als bisher sowie die enormen Ausgaben für die Peacebuilding vernünftiger einzusetzen.

Europa hat sich in der Europäischen Sicherheitsstrategie bereit erklärt, im Bereich der globalen Sicherheit eine grössere Rolle zu spielen. Eine europäische Human Security Response Force könnte das Mittel und die Organisation sein, dem humanitären Aspekt einer solchen Sicherheitspolitik den entsprechenden Nachdruck zu verleihen und den künftigen Friedenseinsätzen der EU zum Erfolg zu verhelfen. ■



General Klaus Reinhardt diente 41 Jahre in der Bundeswehr. Er führte auf allen Kommandoebenen vom Zug über die Kompanie, das Bataillon, die Brigade, das Korps bis hin zur Armee-Gruppe.

Er war Adjutant beim damaligen Verteidigungsminister, Manfred Wörner. Als Stabsabteilungsleiter für Planung im Bundesministerium der Verteidigung war er 1990 für die Zusammenführung der Bundeswehr mit der ehemaligen Nationalen Volksarmee der DDR verantwortlich. Im gleichen Jahr übernahm er das Kommando über die Führungsakademie der Bundeswehr, der höchsten Ausbildungsstätte der deutschen Streitkräfte. Seine militärischen Laufbahn beendete er als 4-Sterne-General und NATO-Oberbefehlshaber der Landstreitkräfte Europa Mitte. In dieser Eigenschaft führte er 50 000 Soldaten aus 39 Nationen der Internationalen Friedenstruppe in Kosovo (KFOR) und integrier-

te anschliessend die tschechischen wie polnischen Landstreitkräfte in die NATO.

1967 begann er das Studium der Geschichte und politischen Wissenschaften an der Universität in Freiburg, das er 1972 mit der Promotion über das Thema des «Scheiterns der Strategie Hitlers im 2. Weltkrieg» abschloss. Die Universität Budapest verlieh ihm 1999 den Ehrendoktor. Reinhardt ist heute als Autor und Kommentator tätig. Er hat mehrere Bücher sowie unzählige Artikel geschrieben. Er hat einen Lehrauftrag an der Universität München. 2004 wurde er von Javier Solana in die «Human Security Study Group» berufen; darüber hinaus ist er Mitglied der «European Space Working Group». Über mehrere Jahre war er Präsident der Clausewitz-Gesellschaft und Mitglied des «Beirats für Militärgeschichte» beim Militärgeschichtlichen Forschungsamt.